Paris, 15. März, Boulevard. 3% Rente 76,27. Anleihe 106,22. Italiener 93,40. Türken —. Türkenlooſe —. Spanier 61¹⁄₂. Egypter —. Ottomanen 646,66. Franzoſen —. Lombarden —. Feſt.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geſchäftsverkehr, Börſenbericht, Fremdenliſte.

F. Louis Zeilich
Meissen
Fabrikation
baumwollener, halbwollener und wollener
Strumpfwaaren
und
Strickgarne.
Für Wiederverkäufer
direkte Bezugsquelle.
Permanentes grosses Lager.

Technicum Mittweida
— Sachsen. —
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule.
— Vorunterricht frei. —

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 20, I.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Theaterbillet-Verkauf für die Dresdner Theater
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Carl Tiedemann
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Seit 1833 Marienstrasse 27 seit 1833
Amalienstrasse 19. — Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

5 Marienstrasse 5 und Porticus. G. D. Blass 5 Marienstrasse 5 und Porticus.
Wäsche- u. Ausstattungs-Geschäft. Complette Braut- u. Kinder-Ausstattungen. Nur eigenes Fabrikat. Billigste Preise.

**Nr. 76.** 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 16. März: Schwacher Südostwind vorwiegend heiter, trocken, Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. **Sonntag, 16. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Nun iſts aber bald genug mit den ewigen Juden-Debatten! Hat denn Deutſchland, hat Preußen wirklich Nichts mehr zu thun, als daß ſeine Parlamente Tag für Tag ſich mit Judenzänkereien und Judenkrawallen herumſchlagen müſſen? Viel Freude werden an dieſen Erörterungen die einſichtigeren Juden, die friedfertigen und ehrenhaften unter ihnen ſelbſt nicht haben; es war bei all' dieſen Dingen wenig Ehre zu holen und der Ausgang beider großer und heftiger Debatten war durchaus nicht vortheilhaft für das Judenthum. Man möchte ſogar an der vielgerühmten Klugheit der Juden zweifeln, daß ſie ganz ohne Nöthigung ſolche Auseinanderſetzungen bedenklichſten Inhalts herbeiführten. Toller iſt der Uebermuth bei den Häuptern der Berliner Judenſchaft ſchon ſo hoch geſtiegen, daß ſie jeder Vorſicht ſich entſchlagen zu können meinten? Am Donnerſtag handelte es ſich im Reichstag um den Laskerbumbug, am Freitag im preußiſchen Abgeordnetenhauſe um den Neuſtettiner Synagogenbrand. Mit dem Laskerunfug hat Fürſt Bismarck durch ſeine Erklärungen gründlich aufgeräumt. Er war in den Reichstag geeilt, um ſich den Amerikanern als von freundſchaftlichſten Geſinnungen gegen ſie beſeelt zu zeigen. Der oberſte Beamte des deutſchen Reiches hatte für die Vereinigten Staaten von Nordamerika ſoviel Worte von Herzlichkeit und Hochachtung, daß dieſe ihren tiefen Eindruck auf die Amerikaner unmöglich verfehlen können. Jede Beſorgniß einer zurückbleibenden Verſtimmung über die Behandlung der Laskeradreſſe iſt damit verſcheucht. Fürſt Bismarck hat in dem Erlaſſe dieſer Laskeradreſſe urſprünglich Nichts weiter geſehen, als einen Akt des von Amerika ſtets gepflegten und befördertes Wohlwollens für Deutſchland. Erſt die „wucheriſche Ausbeutung" des Inhalts dieſer Adreſſe durch die Genoſſen Lasker's hat den Reichskanzler beſtimmt, ſie über den Ocean zurückzuſchicken. Damit wird die ganze Affaire dem Gebiete internationaler Erörterungen entrückt; es handelt ſich blos noch um eine innere Angelegenheit Deutſchlands. Unmöglich konnte ſich der Kanzler vor den Triumphwagen der Freihändler-Oppoſition ſtellen, die mit der Zuſtimmung des amerikaniſchen Kongreſſes ebenſo wucherte, wie mit der politiſchen Bedeutung Lasker's. Als Bismarck (das war höchſt charakteriſtiſch) von dieſem „Wucher" ſprach, rief ihm ein Mitglied jener Freihändler-Oppoſition Pfui! entgegen. Bismarck marſchirte energiſch auf die Linke zu und forderte den Rufer auf: ſich zu nennen. Der Rufer blieb ſtumm und ließ das Pfui! der Verachtung des Kanzlers über ſich ergehen, das dieſer für den Fall, daß er ſich nicht nenne, angekündigt hatte. Es iſt inderthat weitgekommen in Deutſchland und die Begriffe ſcheinen an ihrer Bedeutung zu verlieren, wenn es ſogar nicht mehr erlaubt ſein ſoll, vom Judenwucher zu reden! Jeder, wer es wagt, dagegen aufzutreten, muß ſich den ärgſten Unglimpf gefallen laſſen; er kann es aber auch, wenn man ſieht, daß ſich ſogar der erſte Beamte des Reiches mit Pfui traktiren laſſen muß, wenn er gegen wucheriſche Ausbeutung ſpricht. Die weiteren Worte Bismarck's geſtalteten ſich durchaus nicht zu einem Todtengericht über Laskern. Auch den lebenden Lasker hat der Kanzler nie anders behandelt, ſelbſt damals nicht, als derſelbe in flüchtlicher Schmeichelei jede ſeiner Reden mit der ſtereotypen Phraſe „der Kanzler hat ganz Recht" anfing, um ſie mit Feindſeligkeiten gegen dieſen zu beenden. Bismarck's Rede ging daher nicht gegen den todten Lasker, ſondern gegen deſſen lebende Freunde, die in der Schwindelmanier von Spiritiſten, deſſen Schatten aus dem Grabe beſchworen hatten, die ſich nun als ganz engelrein darſtellen und ſich wundern, daß der am Grabe ſo ſchmählich von Bambergern angegriffene Kanzler ſich noch vertheidigt. Geht doch die Dreiſtigkeit dieſer Blätter („Berl. Tagebl." und „Berl Ztg.") ſo weit, es dem Reichskanzler, deſſen Augen ihren „unheimlich leuchtenden Glanz" wiedergewonnen hätten, vorzuwerfen, daß er ſein Recht, im Reichstage zu reden, „eine ganze geſchlagene Stunde ausgeübt habe". Allerdings hat der germaniſche Zorn dieſer Augen den Anhängern Lasker's gehörig heimgeleuchtet!

Am Tage darauf erhielten ſie im Abg.-Hauſe noch eine zweite wohlverdiente und derbere Lektion! Wir faſſen uns hier kürzer und verweiſen auf die in der Tagesgeſchichte mitgetheilten Reden Stöcker's und Wagner's, die, von edler Entrüſtung überquellend, das ſchmachvolle Treiben der Berliner Judenpreſſe an den Pranger ſtellten. Was dieſe beiden muthigen Streiter für Recht und Wahrheit ſagten, hat Hand und Fuß. Namentlich verdient es Beachtung, was Stöcker darüber bemerkte, daß die Freihändler niemals ein Wort über den ſüdiſchen Wucher ſagen. Wenn Prof. Hänel davor warnte, nicht die Sünden Einzelner einem ganzen Volke zur Laſt zu legen, trifft vollkommen zu. Aber nicht minder wahr iſt es auch, daß der Wucher jetzt einen Umfang angenommen hat, daß alle Kreatur dagegen aufſchreit. Die Hand auf dieſe wunde Stelle zu legen, iſt Selbſterhaltungspflicht. Natürlich regnets dann, wie aus dem Judenhauſe in Neuſtettin, Steine auf Den, der dagegen wagt aufzutreten, aber das Volk weiß auch zur Genüge, warum die Bekämpfer des Wucherthums beſchimpft werden. Treibt's nicht zu arg! Die ehrenhaften, rechtlichen und anſtändigen Iſraeliten, die ſich mit dieſer Ausbeutung nicht befaſſen, kennt Jedermann und achtet ſie gebührendermaßen; es iſt Zeit, daß ſie ihren Einfluß aufbieten, die ſchlechten Elemente zu zügeln.

Wie Eingangs bemerkt, haben dieſe Judendebatten den Uebelſtand, die Volksvertretung in ihren eigentlichen Arbeiten aufzuhalten. Wir müſſen uns daher heute verſagen, an die Debatten des Reichstags über das Unfallverſicherungsgeſetz einige Bemerkungen zu knüpfen. Auch den anderen Ereigniſſen kann man nur eine flüchtige Betrachtung widmen. Italien hat nicht blos eine latente Miniſter- und eine offene Parlamentspräſidenten-Kriſis durchzumachen; es hat ſoeben durch den Tod des Exminiſters Sella einen hochbegabten Patrioten verloren, der für die künftige Regierung ſehr ernſtlich in Frage kam. Das Hauptereigniß aber bilden die Siege der Franzoſen und Engländer über Chineſen und Araber. Unzweifelhaft und von bleibenden Erfolgen für die Sieger iſt der erſtere. Die Eroberung von Bac-Ninh durch General Negrier iſt faſt ohne Schwertſtreich erfolgt und iſt die Frucht eines geſchickten Manövers. Die Franzoſen waren nahe daran, den die Feſtung Bac-Ninh vertheidigenden Chineſen durch eine Umgehung die Rückzugslinie abzuſchneiden. Als dies die Söhne des himmliſchen Reiches inne wurden, nahmen ſie ſchmachvollſt, aber ſchleunigſt Reißaus. Damit iſt ganz Tonkin in die Hände der Franzoſen gefallen und wahrſcheinlich auch die Gefahr eines Krieges mit China beſeitigt. Die Drohung der Chineſen, die Eroberung von Bac-Ninh als den casus belli zu betrachten, hat ſich als eine erbärmliche Prahlerei herausgeſtellt. China wird klein beigeben; mit ſolchen Helden, wie es in's Feld ſtellen kann, ſchreckt man eine europäiſche Macht nicht mehr. — Neidiſch werden die Engländer auf den unbeſtreitbaren Erfolg der Franzoſen blicken. Zwar ſiegten ſie ein zweites Mal bei Suakin über die Araber, aber unter welchen Opfern! Sie ſiegten ſo, daß General Graham ſchleunigſt nach dem Siege wieder nach der Meeresküſte umkehrte. Die nackten, ſchlechtbewaffneten Sudaneſen haben als wirkliche tapfere Krieger gegen die Engländer gefochten und ſind gefallen wie die Helden. Eine Zeit lang hatten ſie ſogar die Schlacht gewonnen. General Graham kann ſeinen Sieg nicht ausbeuten: er hat dem Feinde mehr Soldaten getödtet, als dieſe ihm — das iſt der ganze Sieg. Eine Entſcheidung führte der Kampf nicht herbei und die Lage General Gordon's in Chartum, wie der egyptiſchen Garniſonen im Sudan überhaupt, bleibt nach wie vor ebenſo bedroht, wie die Engländer ſelbſt.

## Neueſte Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 15. März.

**Berlin.** Reichstag. Vor Beginn der Sitzung iſt der Reichskanzler bereits im Hauſe anweſend. Die Konvention mit Luxemburg wegen gegenſeitiger Zulaſſung der an der Grenze wohnhaften Medicinalperſonen wird in dritter Leſung endgiltig angenommen. Dann wird die erſte Berathung des Unfallverſicherungsgeſetzes fortgeſetzt. Reichskanzler Fürſt Bismarck ergreift zuerſt das Wort, um der Behauptung Vollmars entgegenzutreten, als habe die Regierung mit dieſer Vorlage frühere Grundſätze aufgegeben; es ſei nur Manches zurückgeſtellt. Die Regierung habe ſich zunächſt auf den engſten Rahmen des Nothwendigen beſchränkt. Es mußte davon abgeſehen werden, beſtimmte einzelne Berufsklaſſen mit aufzunehmen, um das ganze Werk nicht zu gefährden. Dann mußte darauf Bedacht genommen werden, die Mängel zu beſeitigen, die ſich bei den erſten Entwürfen herausſtellten. Es handle ſich darum, die Lage der Arbeiter zu verbeſſern, was nothwendig ſei, wenn das Sozialiſtengeſetz in abſehbarer Zeit entbehrlich werden ſoll. Daß die Sozialdemokraten gegen die Vorlage ſeien, erkläre ſich, werde ihnen doch dadurch mit der Boden entzogen. Das Parlament habe das Recht, jeden Fortſchritt unſerer Geſetzgebung zu verhindern; aber ſein einfaches Nein, ohne die Sache nach anderer Richtung hin zu verbeſſern, müſſe das Anſehen des Parlaments ſchmälern. Mit Redensarten wie Bureaukratismus, Arbeit vom grünen Tiſche ꝛc. verhindere und bekämpfe man die Sozialdemokratie nicht. Wenn man das Heer, die Marine, die Dynaſtie Preußens, denen doch das Parlament ſeine Exiſtenz verdanke, nicht beſſer unterſtütze, dann gefährde man Alles. Die Ausdehnung der Verſicherung auf das Baugewerke und die ländlichen Arbeiter werden wir ſofort anſtreben, ſobald die Vorlage angenommen iſt. Er werde das Verſprechen ſicherlich einlöſen; aber der Reichstag möge nun auch aus ſeiner ſterilen Oppoſition heraustreten und ſich nicht darauf beſchränken, zu jeder Vorlage einfach zu ſagen „Taucht nichts. Noch mal machen!" Er konſtatire vor dem Volk und vor den Wählern, daß die Regierung ſich nach Kräften Mühe gegeben, die Sache zu fördern. Was die Bemerkungen Bamberger's wegen Zulaſſung der Privatverſicherung anlange, ſo ſollen nach Anſicht der verbündeten Regierungen Unglücksfälle nichtſpekulativ dienen, um möglichſt hohe Zinſen und Dividenden herauszuſchlagen, wie man das vielfach bei der Feuerverſicherung ſieht. Hohe Gewinne bei ſolchen Gelegenheiten ſeien unmoraliſch. Wolle man ſolche Dinge anſtatt dem Staate den Aktiengeſellſchaften überlaſſen, ſo könne man ſchließlich dieſen auch die Landesvertheidigung übertragen. (Sehr richtig. Rechts.) Es gebe eben Zwecke, die nur der Staat erfüllen könne. Die Anſchauungen derjenigen Staatsökonomen, die dem Staatsbürger das Recht zu verbungern zuſprechen, habe ſich überlebt, ſowohl in Frankreich wie hier; auch in Frankreich werde man ſich entſchließen müſſen, etwas mehr Staatsſocialismus zu treiben, als bisher. Sollte das Geſetz wirklich abgelehnt werden, ſo werde es, falls es wirklich gut iſt, vor der Geſchichte beſtehen. Der Reichskanzler wandte ſich hierauf zu den Ausſtellungen des Abg. Oechelhäuſer. Ohne einen gewiſſen Socialismus könne der Staat überhaupt nicht beſtehen. Aus der neuen ſtaatlichen Entwickelung, die mit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann, ſeien gewiſſe ſociale Grundſätze ſtationär geworden, die in dem Programm der Regierung zuſammengefaßt ſeien. Die ſocialiſtiſche Partei im Hauſe ſei keine ſolche, ſondern eine weſentlich politiſche und es müſſe darauf verzichtet werden, den beſten Redner auch für den tüchtigſten Politiker zu halten. Man könnte der Regierung eher den Vorwurf machen, daß ſie zu wenig Socialpolitik treibe. Wenn Bamberger und Vollmar die Vorlage ſo geringſchätzig beurtheilen, ſo mögen jene Herren ja klüger ſein als die verbündeten Regierungen; aber wir ſind nun einmal nicht klüger und müſſen ſo verbraucht werden, wie wir ſind. (Heiterkeit.) Unter Freiheit verſteht immer Jeder nur die Freiheit für ſich; unter Freiheit des Handels verſteht man die Herrſchaft des Handelsſtandes, unter Freiheit der Preſſe die Herrſchaft der Zeitungen und Redaktionen und Freiheit der Kirche ſehr oft nur die Herrſchaft der Prieſter. Alles nenne ſich freiſinnig, ich traue dem Worte nicht. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler wies energiſch die Bezeichnung „ſozialiſtiſche Schrulle", welche Bamberger dem Entwurfe gegeben, zurück. Es handele ſich um eine ſorgfältig erwogene Vorlage, dann ſei vielleicht auch das ganze Staatsweſen eine ſozialiſtiſche Schrulle. Mögen die Herren doch der Regierung als Pfadfinder helfen den rechten Weg zu finden zu innerem Frieden durch Herſtellung eines guten Verhältniſſes zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitern, damit wir zu dauernd friedlichen Verhältniſſen gelangen und das Ausnahmegeſetz aufheben können (Beifall rechts.). Sonnemann (Demokrat) iſt für die Vorlage, die rechte Mitte halte zwiſchen polizeilicher Bevormundung und freihändleriſchen Prinzipien. Die Rede Sonnemann's wurde auf der Rechten mit Beifall, auf der Linken mit Ziſchen aufgenommen. Bamberger antwortet ſehr gereizt auf die Ausführungen Bismarck's. Die fortwährenden Vergleiche zwiſchen ihm und v. Vollmar ſeien ein billiger Witz. Man ſolle es Jedem ſelbſt überlaſſen, ſich zu ernähren und zu erhalten. Staatsſekr. v. Bötticher: In Allem, was Bamberger rede und ſchreibe, ſage er immer nur, wie es nicht gemacht, nicht aber wie es beſſer gemacht werden ſolle. Lenzmann-Eisleben hofft, daß auf dem Kompromißwege etwas Gutes zu Stande komme. Dr. Buhl und Dr. Hirſch bekämpfen die Vorlage, die ſchließlich an eine 28er Kommiſſion geht.

**Berlin.** Windthorſt brachte wiederum den Antrag ein auf Aufhebung des Geſetzes über die Exkommunikation von Geiſtlichen, welche unbefugter Weiſe geiſtliche Amtshandlungen verrichten. Der Antrag wurde bekanntlich ſchon vom Reichstage angenommen, vom Bundesrathe aber nicht berückſichtigt.

**Wien.** Prozeß Schenk. Die Angeklagten Hugo Schenk, Schloſſarek und Karl Schenk wurden der ihnen zur Laſt gelegten Verbrechen für ſchuldig erkannt und zum Tode durch den Strang verurtheilt.

**Paris.** Die Anziner Maſchiniſten, die bisher weiter gearbeitet hatten, machen jetzt mit den Bergleuten gemeinſame Sache und ſtreiken ebenfalls. — „Gaulois" und „Intransigeant" erzählen, Fern, der ſeit dem neuen Jahre ſtandesamtlich verheirathet iſt, habe ſich am letzten Dienſtag in der Nunziatur-Kapelle vom Nuntius kirchlich trauen laſſen, nachdem er vorher kommunizirt und beim Einnehmen der Hoſtie große Rührung gezeigt habe. — Der auswärtige Handel Frankreichs im Februar zeigt 442 Millionen Einfuhr gegen 335 Millionen Ausfuhr. Fabrikate ſind um 5 Millionen weniger eingeführt als im Vorjahr, doch auch 27 Millionen weniger ausgeführt. — Der angebliche Bourbon Naundorf iſt hier eingetroffen, um ſeine Anſprüche auf Frankreichs Thron geltend zu machen. — Ein Pavillon in der Ruggieriſchen Feuerwerksfabrik iſt geſtern aufgeflogen.

**London.** Das indiſche Budget für 1884-85 ſtellt eine neue indiſche Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterl. für öffentliche Bauten in Ausſicht.

**New-York.** Bis jetzt konnte keine der Leichen der in der Kohlengrube bei Pocahontas verunglückten Bergleute geborgen werden, da die Zeche noch brennt. Behufs Erſtickung des Feuers iſt die Einfahrt der Zeche geſchloſſen worden. Es ſteht nunmehr feſt, daß kein einziger der in der Grube befindlich geweſenen Arbeiter entkommen iſt.

**Berliner Börſe.** Von auswärts lagen mattere Notirungen vor. Hier trug die Börſe dem dadurch Rechnung, daß die Haltung ſehr reſervirt war. Als offiziell bekannt wurde, daß das Rothſchild-Konſortium dem ungariſchen Finanzminiſter die Uebernahme von 100 Millionen Gulden 4proz. Goldrente erklärt habe und dementſprechend nächſter Tage den entſprechenden Betrag der 5proz. Rente, alſo ungefähr die Hälfte des ganzen noch ausſtehenden Betrags kündigen wird, wurde der Verkehr lebhafter. Zum Schluß trat indeß auf Wiener Verkäufe wieder Abſchwächung ein. Spekulative Banken ſchließen niedriger als geſtern, Kaſſabanken feſt, aber ſtill. Die deutſchen Bahnen waren recht feſt, Mecklenburger beſonders belebt, öſterreichiſche Bahnen ſtill und meiſt ſchwächer, öſterreichiſche Prioritäten ziemlich gut behauptet. Bergwerke feſter. Von Induſtrien zogen Brauereien und Pferdebahnen an. Deutſche Fonds waren wenig belebt, von fremden Renten ungariſche Goldrente am belebteſten.

**Wien**, 15. März. Credit 291,90. Staatsb. 317,50. Lombarden 143,70. Nordwestb. 127,70. Marknoten 59,52. Ung. Credit 335,60. Elbethal —. Still.
**Frankfurt a. M.**, 15. März. Credit 279¹⁄₂. Staatsbahn —. Lombarden 129¹⁄₂. 6er Loose —. Oeſterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 99¹⁄₂. Oeſterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 54er Ruſſen —. 80er Ruſſen —. 3. Orientanleihe —. Neueſte Ungar. Goldanleihe —. 5. Orientanleihe —. Ungar. Tarifrente —. Diskonto 2¹⁄₂%. Bahmer 67¹⁄₂. Gotthardbahn —. Mainzer —. Still.
**Paris**, 15. März. (Schluß.) Rente 76,27. Anleihe 106,15. Italiener 93,30. Staatsbahn 661,25. Lombarden 316,25. do. Prioritäten 307. Egyptier 389. Oeſterr. Goldrente 86. Ruhig.

## Lokales und Sächſiſches.

— Se. K. H. Prinz Friedrich Auguſt beſuchte vor Kurzem das Atelier des Herrn Conſtantin Schwendler, Sophienſtraße 5, um ſich in einigen Stellungen photographiren zu laſſen.

— Zum Kommandanten der jetzt als Sperrfort dienenden Feſtung Königſtein iſt, wie zu erwarten, kein General, ſondern ein Stabsoffizier, nämlich Oberſtlieutenant v. Lyncker vom Schützenregiment Nr. 108 ernannt worden.

— Die Erſte Kammer berieth geſtern über den Bau einer Anzahl von der Zweiten Kammer bereits genehmigten Sekundärbahnen, Referent Oberbürgermeiſter Dr. Stübel. Die diesbezüglichen Deputations-Anträge haben wir bereits mitgetheilt. Zunächſt wird für die Vollendung der Strecke Schwarzenberg-Johanngeorgenſtadt eine Nachtragsforderung von 940,000 Mark bewilligt. Ueber das Projekt Geithain-Lausigk-Leipzig, welches die Deputations-Majorität abzulehnen beantragt, entſpinnt ſich eine längere Debatte. Für das ablehnende Votum der Deputations-Majorität ſprechen von Trützſchler als Referent, Frhr. von Friesen und Seiler, für den Antrag der Minorität, welche den Beſchlüſſen der Zweiten Kammer beizuſtimmen beantragt, außer dem Referenten Dr. Stübel, Herr von Erdmannsdorf, welcher ſich in einſtündiger, ſtellenweiſe humoriſtiſch gefärbter Rede für das Projekt erwärmt, Graf v. Könneritz, Oberbürgermeiſter Dr. Georgi und Se. K. H. Prinz Georg. Letzterer bedauert, daß er in der letzten Zeit den Deputationsſitzungen nicht habe beiwohnen können. Sein Name ſtehe demnach auch nicht unter dem Dep.-Bericht. Wenn die Deputation ſich über ihre Anträge geeinigt hätte, ſo würde er ſich ihrem Votum fügen, ſo aber werde er mit der Minorität ſtimmen. Beſtimmend für ſeinen Entſchluß ſei es, daß man den Intereſſenten ſeit langen Jahren ſo viel Hoffnungen gemacht habe, daß er es für eine Ehrenpflicht halte, nicht für die Kammer, wohl aber für ſich, die Bewilligung der Linie endlich auszuſprechen. Wenn die erſte Kammer früher den Bau der Linie abgelehnt habe, ſo ſei das nur geweſen, um ein langſameres Tempo in dem Bahnbau eintreten zu laſſen. Im vorigen Landtag aber habe die Kammer den Bau der Linie Geithain—Leipzig der Regierung zur Erwägung übergeben. Er hoffe demnach, daß die Majorität der Kammer heute dem Antrag auf Bewilligung der Linie beitreten werde. Auch Finanzminiſter von Könneritz tritt für das Projekt ein. Trotzdem wird in namentlicher Abſtimmung der Antrag der Dep.-Majorität mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen. Dagegen erklärt ſich die Kammer mit dem Bau der Bahnen Potſchappel reſp. Niedermsdorf-Wilsdruff, Mülſchthal-Ehrenfriedersdorf und Herold-Thum, ſowie der Müſſengrundbahn entſprechend den Beſchlüſſen der zweiten Kammer einverſtanden. Schließlich wird noch, ebenfalls ohne Debatte, der Antrag der Deputation angenommen, die Herſtellung einer ſchmalſpurigen Sekundärbahn von Schönfeld nach Schwarzenberg, Tannenberg nach Gever, Schlettau-Crottendorf, Wildenau-Mittweida-Markersbach, Grünſtädtel-Pöhla Rittersgrün und einer normalſpurigen Eiſenbahn von Stollberg nach Zwönitz abzulehnen, dagegen die Regierung zu erſuchen, die Erörterungen ſowohl wegen Herſtellung einer Bahnverbindung zwiſchen Stollberg und Zwönitz oder einem anderen Punkte der Chemnitz-Aue-Adorfer Eiſenbahn, als wegen Herſtellung von Bahnverbindungen für den Landestheil zwiſchen Annaberg und Schwarzenberg fortzuſetzen und das Reſultat derſelben der nächſten Ständeverſammlung mitzutheilen.

— In der Finanzdeputation der zweiten Kammer hat betreffs der 255 um Aufhebung reſp. Herabſetzung der Grundſteuer eingegangenen Petitionen eine Einigung nicht erzielt werden können, es beantragt vielmehr die Majorität der Deputation, ſämmtliche Petitionen auf ſich beruhen zu laſſen, während die Minorität, beſtehend aus den landwirthſchaftlichen Abgeordneten Uhlemann, v. Oehlſchlägel, Knechtel und Gelbke empfehlen, die Petitionen, ſoweit ſie Aufhebung der Grundſteuer verlangen, auf ſich beruhen zu laſſen, ſofern ſie aber auf eine Ermäßigung derſelben von 4 auf